

2450/J XXII. GP

Eingelangt am 22.12.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten ULRIKE KÖNIGSBERGER-LUDWIG und GenossInnen

an die Bundesministerin für Inneres LIESE PROKOP

betreffend die **Schließung des Gendarmeriepostens Ennsdorf**

Ihr Amtsvorgänger Dr. Ernst Strasser hatte die Schließung des Gendarmeriepostens Ennsdorf bzw. die Zusammenlegung mit dem GP St. Valentin befürwortet. Gegen eine solche Schließung sprechen eine Reihe von sicherheitspolitischen Gründen: die Gerichtsdelikte im Verantwortungsbereich der Gendarmerie Ennsdorf haben seit dem Jahr 2000 erheblich zugenommen, ebenso die Verwaltungsanzeigen und die Verkehrsunfälle. Dazu kommt eine verstärkte Arbeitsbelastung durch den Bau der Umfahrung Ennsdorf und den weiteren Ausbau des Industriegebietes Ennshafen.

Statt einer Aufstockung auf 6 Beamte, die schon 1994 beantragt wurde und aus sicherheitspolitischen Überlegungen durchaus sinnvoll wäre, sollen die Beamten aus einem Gebiet abgezogen werden, in dem jetzt schon „Not am Mann“ herrscht, wo die Kriminalität steigt und künftig zusätzliche Aufgaben zu bewältigen sein werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an die Bundesministerin für Inneres folgende

Anfrage

1. Halten auch Sie an der Schließung des GP Ennsdorf fest ?
2. Wenn ja, mit welcher Begründung ?
3. Können Sie garantieren, dass es im Falle einer tatsächlichen Schließung zu keinem Personalabbau kommen wird.
4. In welchem Zeitrahmen werden Sie über Fortbestehen oder Schließung des GP Ennsdorf entscheiden ?